

Computer und Angestellte

3. Internationale Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt

Keine der beiden vorhergehenden Automationstagungen der Industriegewerkschaft Metall hat in der Öffentlichkeit und vor allem auch bei der Bundesregierung ein derart positives Echo gefunden wie die 3. Internationale Arbeitstagung über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt, zu der die IG Metall vom 5. bis 8. März namhafte Wissenschaftler aus Ost und West, Politiker, Unternehmer und Gewerkschafter in die Stadthalle von Oberhausen (Ruhr) eingeladen hatte. Die Veranstalter wurden von der Bundesregierung diesmal nicht mit einem Staatssekretär abgespeist, der — wie Dr. *Wilhelm Claussen* 1965 — das Bildungsideal der alten Perser pries: „Die Perser faßten ihr Bildungsziel zusammen in der Forderung an ihre Jugend: Reiten, Bogenschießen und die Wahrheit zu sagen, was auch heute abgewandelt und zum Teil wörtlich gelten könnte.“ Und der nach Medizinmännerart die Gewerkschafter zu beschwichtigen suchte: „Keine Angst vor der Zukunft! Mehr als wir in einer Generation überwunden haben, kann sich jedenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet kaum ereignen, sofern wir nur geneigt sind, uns die Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Arbeitsfrieden zu erhalten.“

Mit derlei Sprüchen war allerdings kein Staat zu machen; und da sie charakteristisch waren für den Regierungsstil der damaligen *Erhard*-Regierung, kam es folgerichtig zu der tiefgreifenden Rezession der Jahre 1966/67. Hier hat sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik inzwischen ein wesentlicher Wandel vollzogen. Die Bundesminister *Hans Katzer* und *Karl Schiller* machten ihn nicht nur dadurch deutlich, daß sie sich — ebenso wie *Gerhard Stoltenberg* — bereit fanden, vor den etwa 1200 Teilnehmern der 3. Automationstagung der IG Metall zu referieren, sondern mehr noch durch das, was sie sagten.

So bestätigte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, *Hans Katzer*, den deutschen Gewerkschaften, sie hätten sich der Automation gegenüber weder einer Panikstimmung hingegeben noch seien sie einer Automationseuphorie verfallen, man müsse ihnen vielmehr „eine verständige, realistische und flexible Haltung in allen Fragen der sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts bescheinigen.“ Katzer stimmte auch den Forderungen der Gewerkschaften nach einer durchgreifenden Reform der Bildung und Ausbildung zu: „Wir können uns nicht damit begnügen und allein darauf konzentrieren, mit großem Aufwand eine neue Bildungselite heranzuziehen, während das Bildungsniveau des größten Teils der Bevölkerung in Stagnation verharrt.“ Denn: „Heute hängen vom Bildungsniveau die geistigen und materiellen Existenzmöglichkeiten unserer Industriegesellschaft und ihre Lebensfähigkeit ab.“ Es sei deshalb erforderlich, die berufliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bildung in breiten Schichten zu fördern und allen Berufstätigen eine hohe berufliche und geistige Beweglichkeit zu vermitteln. Er kündigte an, daß im Ruhrgebiet ein modernes Umschulungszentrum geschaffen werden soll, das sich mit allen methodischen und didaktischen Fragen der Erwachsenenbildung und der Heranbildung von Ausbildern befassen werde.

Auch Bundeswirtschaftsminister Professor *Karl Schiller* sprach sich dafür aus, die Berufsausbildung zu verbessern und die Arbeitsmarktforschung auszubauen und zu intensivieren. Bei der Steigerung der Mobilität und Flexibilität der Arbeitskraft müßten allerdings auch die Grenzen der Mobilität beim arbeitenden Menschen beachtet werden. Es gebe menschliche Bindungen, die zu respektieren seien. Es sei deshalb in manchen

Fällen gesellschaftspolitisch besser, das Kapital zu den vorhandenen Arbeitskräften zu bringen als umgekehrt.

Schiller ging auf die Forderung der IG Metall ein, den Arbeitskreis Automation beim Bundeswirtschaftsministerium zu einer „Deutschen Kommission für technischen und strukturellen Wandel“ auszubauen und ihn damit aus einem bloßen Diskussionskreis in eine leistungsfähige Institution umzuwandeln. Er sagte zu, daß der Arbeitskreis Automation zunächst um vier Wissenschaftler erweitert werde. Später solle er dann mit besseren Mitteln, mit den notwendigen technischen und wissenschaftlichen Instrumenten ausgerüstet werden und sein Arbeitsgebiet ausdehnen.

Der Entwurf für ein Rationalisierungsschutzabkommen, den die IG Metall kurz zuvor der Öffentlichkeit vorgelegt hatte, wurde von Schiller begrüßt. Es sei wichtig und richtig, daß die IG Metall fordere, daß nicht nur für die technischen Investitionen, sondern auch für die Menschen geplant werde.

I

Wie wichtig das in der Tat ist, zeigen Zahlenzusammenstellungen, die von der IG Metall anlässlich ihrer Automationstagung veröffentlicht wurden. So wird in einer Tabelle „Beschäftigungsrückgang durch technischen Fortschritt in der Bundesrepublik“ dargestellt, daß trotz durchweg rapid ansteigender Arbeitsproduktivität je Beschäftigungsstunde und meist steigendem Nettoproduktionsvolumen die Zahl der Beschäftigten in den Jahren 1961 bis 1966 in 26 Industriezweigen um 371 810 Arbeitnehmer absank. Die Beschäftigtenzahl im Kohlenbergbau verringerte sich um 128 242 (24,8 vH), in der Textilindustrie um 73 662 (12 vH), in der eisenschaffenden Industrie um 19 362 (5,3 vH), in den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien um 18 788 (12,7 vH), im Schiffbau um 16 410 (17 vH), in der tabakverarbeitenden Industrie um 16 116 (30,3 vH), in den Sägewerken und der holzbearbeitenden Industrie um 12 805 (14,2 vH) und im Eisenerzbergbau um 12 344 (64,6 vH).

Sozial nachteilige Folgen dieses Beschäftigungsrückganges für die Arbeitnehmer wurden in den Jahren einer florierenden Wirtschaft weitgehend durch Neueinstellungen bei expandierenden Industriezweigen vermieden. Das Jahr 1967 zeigte dann aber, daß bei einer Rezession der Beschäftigtenrückgang durch technischen Fortschritt sich durch eine steigende Zahl von Arbeitslosen und durch zunehmende Kurzarbeit bemerkbar macht. Hinzu kommt, daß immer mehr Branchen abnehmende Beschäftigtenzahlen aufweisen, während die Branchen mit eindeutiger Beschäftigtenexpansion immer weniger werden. Waren es in der Vergleichsperiode 1951/1956 erst 5 Branchen mit abnehmenden Beschäftigtenzahlen, so waren es 1961/1966 schon 26, während sich die Branchen mit Beschäftigtenexpansion von 37 in der Vergleichsperiode 1951/1956 auf 12 in den Jahren 1961/1966 verringerten.

Dieser Trend der Entwicklung kann nur dann ohne Einfluß auf die Vollbeschäftigung bleiben, wenn die jährliche Zuwachsrate des Sozialprodukts mindestens über 4 bis 5 vH liegt, wie auf der Automationstagung mehrfach hervorgehoben wurde. Das wirtschaftliche Wachstum allein tut es freilich nicht. Auch das machte die diesjährige Tagung in Oberhausen wieder sehr deutlich.

So ergaben zehn Fallstudien, die von der Abteilung Automation der IG Metall über die Auswirkungen der automatischen Datenverarbeitung durchgeführt wurden, daß der Einsatz von Computern Arbeitsplätze verändert und die Aufstiegsmöglichkeiten von vielen Angestellten vermindert. Davon sind Abteilungsleiter und Akademiker ebenso betroffen wie Meister und Techniker oder Sachbearbeiter und Hilfskräfte.

In den zehn untersuchten Betriebsbereichen gab es vor der Umstellung auf automatische Datenverarbeitung insgesamt 293 Angestellte. Davon wurden 104 durch den Einsatz von Computern wegrationalisiert. Von den verbliebenen Angestellten erhielten nur 9 eine bessere Stellung. Bei 90 änderte sich nichts. 80 erhielten veränderte, aber gleichwertige und 9 niederwertigere Arbeitsplätze. Von den 104 eingesparten Angestellten schieden 52 endgültig aus: 25 wurden entlassen, 18 pensioniert und 9 kündigten selbst. Die anderen 52 wurden innerbetrieblich umgesetzt. 9 konnten sich dabei verbessern, während sich 5 verschlechterten.

Die IG Metall betont, diese vom RKW geförderte Untersuchung sei eine Vorstufe, die keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebe; die relativ weite Streuung der Untersuchungsobjekte und die Übereinstimmung mit wiederholt geäußerten wissenschaftlichen Hypothesen legten jedoch den Schluß nahe, daß es sich bei den vorgelegten Fallstudien nicht um Extremfälle handelt. Dafür sprechen auch die Schlußfolgerungen, die von der IG Metall gezogen wurden:

„Wo früher konventionelle Lehre und langjährige Berufserfahrung Voraussetzungen des Aufstiegs von Angestellten waren, zählt heute nur noch durch zusätzliche Ausbildung erworbenes Wissen. Damit werden die Hoffnungen auf betrieblichen Aufstieg für Millionen von Angestellten entscheidend eingeschränkt. Viele Angestellte der untersuchten Bereiche mußten zusätzlich lernen, um lediglich ihren bisherigen Status zu erhalten. Die erforderlichen Weiterbildungsmöglichkeiten existieren aber häufig nicht.“

Diese Auswirkungen des Einsatzes von automatischen Datenverarbeitungsanlagen, die sich bereits jetzt abzuzeichnen beginnen, werden sich mit zunehmender Verwendung von Computern weiter verstärken. In einer Studie der *Diebold Deutschland GmbH*, die im Auftrage der IG Metall erarbeitet wurde, heißt es denn auch:

„Die Zahl der in der Bundesrepublik installierten Rechenanlagen erhöhte sich von 94 im Jahre 1959 auf 3800 Anfang 1968. Bis 1975 wird eine Zunahme auf 11 550 erwartet. .. Das Schwergewicht der künftigen Computerinstallationen wird bei den kleinen Anlagen liegen, deren Zahl von 2000 Anfang 1968 auf 8450 Anfang 1975 zunehmen soll. Die mittleren Anlagen werden dagegen von 1665 im Jahre 1968 nur noch auf 2300 im Jahre 1975 steigen. Die größeren Unternehmen der Bundesrepublik sind bereits mit elektronischen Rechenanlagen ausgerüstet. Das Schwergewicht der Neuinstallationen wird deshalb in Zukunft bei den mittelgroßen Unternehmen liegen.“

II

Diese *Diebold-Studie* besagt nun nichts anderes, als daß die von der automatischen Datenverarbeitung ausgelöste Rationalisierungswelle in den kommenden Jahren sich auch verstärkt auf die Arbeitsmöglichkeiten der Beschäftigten in den mittleren Unternehmen auswirken wird. *David A. Morse*, der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf, meinte vor dem Automationskongreß der IG Metall denn auch, daß durch die Auswirkungen der Automation die Probleme der Anpassung und Umstellung für die Angestellten immer dringender werden. Es sei deshalb erforderlich, rechtzeitig geeignete Maßnahmen einzuleiten, die eine soziale Anpassung ermöglichen. Zudem werde der Druck der technischen Veränderungen diesen Arbeitnehmern deutlich machen, daß es auch für sie notwendig sei, sich gewerkschaftlich zu organisieren und ihre Arbeitsbedingungen dadurch kollektiv zu beeinflussen.

Und der Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Professor *Lionelle Levi-Sandri*, hob hervor, daß die sozialen Probleme, die sich stellten, gelöst werden müßten, noch bevor ein größerer Personalabbau durchgeführt werde. Hier stellten sich hauptsächlich Probleme der Berufsumschulung, aber auch Investitionsprobleme im Rahmen einer konsequenten Regionalpolitik.

Das Vorstandsmitglied der IG Metall, *Heinz Dürrbeck*, trug vor, daß es seiner Gewerkschaft in den letzten zwölf Jahren gelungen ist, die Zahl der Angestelltenmitglieder zu verdoppeln. 25 vH der überhaupt organisierbaren Angestellten der Metallwirtschaft seien damit Mitglieder der IG Metall.

Bei den Prognosen über die qualitative und quantitative Entwicklung der Angestelltenberufe kamen die in Oberhausen referierenden Wissenschaftler zu teilweise stark divergierenden Ergebnissen. Professor *Albert A. Blum*, Michigan/USA, sagte voraus, daß die Gruppe der mittleren Angestellten durch die Automation am stärksten betroffen würden, nur noch maschinenorientierte Routinetätigkeiten verrichteten und durch eine tiefe Kluft von den Aufgestiegenen getrennt sind. Auch Professor *Urs Jaeggi*, Bochum, meinte, daß künftig die Mehrzahl der Angestellten lediglich Kontroll- und Routineaufgaben (ohne Entscheidungsbereich) zu erledigen habe. Diese Aushöhlung der mittleren Ebene durch die Automatisierung verstärke die Statusunsicherheit der Angestellten. Ihr Gesellschaftsbild beginne sich zu verändern.

Hingegen sieht Professor *Arnold R. Weber*, Chikago/USA, für die technischen Angestellten durch die Verbreitung der Computer eher neue Chancen als eine Bedrohung ihrer Stellung — jedenfalls bei entsprechender Vorausplanung, und wenn geeignete Anpassungsmaßnahmen stattfinden, d. h. die Berufsausbildung müsse intensiviert und die Ausbildung am Arbeitsplatz eingeschränkt werden. Der Siemensdirektor Obergeringenieur *Hellmut Boes*, München, wies in einer Arbeitsgruppe der Tagung darauf hin, daß der Computer im technischen Bereich mehr der Ergänzung als dem Ersatz personeller Leistung diene. Personelle Aspekte mit ihrem individuellen und soziologischen Hintergrund hätten bei der Reihenfolge der Planungsfragen — was computertechnisch möglich, wirtschaftlich lohnend, organisatorisch zwingend und soziologisch sinnvoll sei — den Vorrang.

III

Dieser Vorrang des Menschen wird zwar als Postulat von niemandem bestritten, ist aber in der Betriebspraxis keinesfalls die Regel. Das unterstrich in Oberhausen der Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall, *Olaf Radke*, in seinem Referat „Computer und Tarifpolitik für Angestellte“. Er hob hervor, daß der Einsatz von Computern eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zugleich verändere und gefährde. Radke forderte deshalb, daß neben die Investitionsplanung eine langfristige Personalplanung treten müsse. Die sozialen Konflikte, die sich aus der Einführung neuer Produktionstechniken ergeben, könnten nur durch die gesellschaftlichen Kräfte selbst gelöst werden. Daher habe die IG Metall im Januar 1968 den Entwurf eines Rationalisierungsschutzabkommens vorgelegt, in dem die Betriebe zu einer langfristigen Personalplanung gezwungen werden sollen.

Einige Diskussionsredner betonten, nur die Erweiterung der qualifizierten Mitbestimmung könne garantieren, daß die Personalplanung zu einem Instrument sozialer Sicherheit werde — ohne die technische Entwicklung aufzuhalten. Wie sehr die Personalplanung in der Bundesrepublik tatsächlich noch im argen liegt, zeigt eine Umfrage des RKW, die in Oberhausen mehrfach zitiert wurde. Dieser Umfrage zufolge planen zwar 59 vH der Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten ihre Investitionen langfristig voraus, ebenfalls 59 vH ihre Finanzen und 52 vH ihre Produktion — aber nur 18 vH ihren Personalbedarf!

Professor *Kenneth F. Walker* vom Internationalen Institut für Arbeitsfragen in Genf hob denn auch hervor, daß eine wirksame Verwendung der automatischen Datenverarbeitung nur dann gewährleistet sei, wenn die Konsequenzen der Einführung für die Beschäftigten umfassend vorausgeplant würden. Er lehnte die zwei einseitigen Unter-

nehmenskonzeptionen ab, von denen die eine den Menschen als Anhängsel der Maschine und die andere die Maschine als Werkzeug des Menschen betrachte. Für beide seien die Arbeitnehmer statische Elemente, die Lücken im technischen System ausfüllten. Die Personalplanung müsse jedoch von der Konzeption des Betriebes als soziotechnischem System ausgehen, in dem Menschen und Maschinen sich in ihren Funktionen gegenseitig ergänzen.

IV

Diese zugespitzt funktionale Sicht der Probleme herrschte bei der Automationstagung allerdings keineswegs vor. Das zeigte sich schon daran, daß Fragen der Bildung und Ausbildung hier einen breiten Raum einnahmen und daß dabei nicht bloß von berufsbezogener Bildung und Weiterbildung die Rede war. So heißt es denn in einer Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe „Ausbildung und Schule“, die das Vorstandsmitglied der IG Metall, *Georg Benz*, vortrug: Der technische Fortschritt könne nur nutzbringend effektiv werden, wenn bereits die Schule darauf vorbereite. Es komme darauf an, die bestehenden Bildungsbarrieren zu beseitigen, um gleiche Chancen für alle zu schaffen. Notwendig sei eine grundsätzliche Reform des derzeitigen Schulsystems der Bundesrepublik mit dem Ziel, die integrierte Gesamtschule einzuführen. Hinzukommen müsse eine längere schulische Vorbereitung auf die eigentliche Berufsausbildung. Einige Diskussionsredner forderten auch, polytechnischen Unterricht einzuführen; andere, öffentliche Berufsausbildungsstätten zu schaffen.

Demgegenüber beschränkte sich Professor Dr. *Walter Niens*, Direktor der Hauptabteilung Nachwuchs und Ausbildung der AEG-Telefunken, mehr auf eine berufsorientierte Bildung. Wobei er sich grundsätzlich für die Beibehaltung des Dreiklassenschulsystems des 19. Jahrhunderts aussprach. Er meinte außerdem, daß das beträchtliche Ansteigen des Bedarfs für den qualifizierten Mittelbau die Bedeutung der zehnklassigen Realschule als Ausbildungsstätte für Angestelltenberufe weiter erhöhen werde. Hier wie auch in den Gymnasien sei der mathematische und naturwissenschaftliche Unterricht stärker zu betonen. Die Bereitschaft und Fähigkeit zur Kooperation und Kommunikation sollte heutzutage ein weiteres Bildungsziel sein.

Der stellvertretende Direktor des Forschungsinstituts für allgemeine und polytechnische Bildung an der Akademie für pädagogische Wissenschaften der UdSSR, Dr. *Alexander Miroljubow*, stellte fest, daß in vielen westeuropäischen Ländern die Schüler mit elf oder zwölf Jahren getestet und in verschiedene Gruppen eingeteilt werden, denen dann ein entsprechend unterschiedliches Bildungsniveau geboten wird. Die sowjetische Pädagogik halte dagegen an dem Prinzip einer möglichst hohen und gleichen Bildung für alle Staatsbürger fest. Bis 1970 werde in der Sowjetunion allgemein die 10-Klassen-Schulbildung eingeführt sein. Wahlfächer nach Wunsch und Fähigkeit — u. a. auch Programmieren — solle die Schüler befähigen, ihr Wissen aus eigenem Antrieb zu vervollkommen und sich auch nach Absolvierung der Schule weitere Kenntnisse anzueignen.

In einer internationalen Podiumsdiskussion der Automationstagung, die vom Deutschen Fernsehen übertragen wurde, ging es um das Thema „Weiterbildung für Erwachsene“. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, daß es sich hier nicht nur um die Aneignung neuer beruflicher Fertigkeiten, sondern auch um die Erweiterung allgemeiner Kenntnisse handeln muß. Der Leiter der Abteilung Automation beim Vorstand der IG Metall, Dr. *Günter Friedrichs*, wies in der Diskussion darauf hin, daß seine Gewerkschaft mit ihrem Rationalisierungsschutzabkommen auch eine von den Betrieben zu finanzierende Umschulung anstrebe; bei den ansonsten betrieblich geförderten Weiterbildungsmaßnahmen bestehe die Gefahr, daß nur die Arbeitnehmer berücksichtigt wer-

den, deren Kenntniszuwachs dem Unternehmen nützlich erscheine; es sei an der Zeit, jedem das lebenslange Lernen zu ermöglichen. Der Gesprächsleiter, Prof. *Eugen Kogon*, regte an, die UNESCO solle eine vergleichende Studie erarbeiten und damit bessere Grundlagen für die künftige Weiterbildung der Erwachsenen schaffen.

V

In mehreren Referaten der Arbeitstagung wurde herausgestellt, daß sich im Zuge des technischen Fortschritts die Arbeiter- und Angestelltentätigkeiten immer mehr annähern. So betonte *Dorothy Wedderburn*, Professor für Industriosociologie, London, daß durch den steigenden Lebensstandard und die Erfolge der Gewerkschaften eine Annäherung des beruflichen Status der Arbeiter und der Angestellten festzustellen sei. Dennoch hätten die Angestellten nach wie vor Privilegien, z. B. bei der Entlohnung, bei der Alters- und Krankenversicherung, bei Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen, bei den Aufstiegsmöglichkeiten und auch bei den übrigen Arbeitsbedingungen. Allerdings seien diese Privilegien zum Teil nur symbolischer Art. Außerdem beseitige die technische Entwicklung Unterscheidungsmerkmale und entwerfe den wirtschaftlichen Nutzen von Angestellten-Privilegien. Eine Befragung von Angestellten und Arbeitern habe ergeben, daß vor allem höher qualifizierte Arbeiter für gleiche Behandlung von Angestellten und Arbeitern eintreten. Nur untere Angestellte mit Aufsichtsfunktionen stemmten sich dagegen. Allerdings werde ihr Widerstand in dem Maße abnehmen, wie die Automatisierung die Tätigkeit der unteren Angestellten technischer mache und die Aufsichtsfunktionen beseitige. Insgesamt lasse sich sagen, daß die noch bestehenden Statusunterschiede weniger dem Druck der Angestellten als der Politik des Managements zuzuschreiben sind.

Auch der Vorsitzende des Allgemeinen Niederländischen Metallarbeiterbundes, *Maarten 2,ondervan*, bestätigte, daß durch die technische Entwicklung, die zunehmende Betriebsgröße und die verbesserte Ausbildung die Unterschiede von Arbeitern und Angestellten weitgehend aufgehoben werden. In den Niederlanden strebten die großen Gewerkschaften einheitliche Tarifvereinbarungen für Arbeiter und Angestellte an. Ein Vergleich der Entwicklung der Mitgliederzahlen in der Metall- und in der Elektroindustrie beweise, daß die Industriegewerkschaften des Allgemeinen Verbandes NW und des Evangelischen Christlichen Zentralverbandes mehr Angestellte anziehen konnten als die Katholischen Angestelltenverbände. Ein Überangebot von Angestellten habe die niederländischen Unternehmen geneigt gemacht, Angestellte und Arbeiter gleichzustellen, um unnötige Frustrationen bei den Arbeitern zu vermeiden, die sich aus nicht begründeten Statusunterschieden ergäben. Über einen ähnlichen Trend in den USA, der allerdings noch längst nicht so weit geht wie in den Niederlanden, berichtete *Douglas Fraser*, Vorstandsmitglied der Automobilarbeitergewerkschaft UAW.

In seinem Schlußwort nahm auch *Otto Brenner*, der 1. Vorsitzende der IG Metall, Stellung zu diesem Fragenkomplex. Er widersprach der hier und da geäußerten Vermutung, die Entwicklung steuere auf eine „Angestelltengesellschaft“ zu. Es handele sich nicht darum, daß eine Kategorie von Arbeitnehmern an die Stelle einer anderen trete. Arbeiter und Angestellte müßten vielmehr zu einer neuen einheitlichen Arbeitnehmerschicht zusammenwachsen.

VI

Stark beachtet wurde in Oberhausen das Referat des Prager Wissenschaftlers Dr. *Bedřich Levčick* vom Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften „Technischer Fortschritt in Osteuropa am Beispiel der CSSR“. Es wurde ganz deutlich, daß in der Tschechoslowakei Stalinismus und Dogmatismus überwunden sind, daß sich

die Demokratisierungstendenzen durchsetzen. Dr. Levčick betonte denn auch, daß es jetzt in der CSSR darum gehe, neue Typen demokratischer Strukturen der Leitung auf den verschiedensten Entscheidungsstufen auszuarbeiten. Mit der Wirtschaftsreform in seinem Lande werde ein ökonomisches Lenkungssystem angestrebt, daß sich auf eine Synthese von Plan und Markt unter sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen stütze und vor allem ein rationelles Verhalten der Unternehmen bezwecke. Bei der Entscheidung über die Verteilung der erwirtschafteten Mittel stehe man beispielsweise vor der Alternative: Lohnerhöhungen oder zusätzliche Ausgaben für Investitionen und Forschung. Solche Konflikte dürften nicht gegen die unmittelbaren, kurzfristigen Interessen der Arbeitnehmer gelöst werden.

Die Zusammensetzung der Leitungsorgane des Unternehmens sei von entscheidender Bedeutung. Levčick entwickelte das Modell eines Aufsichtsrats, in dem Arbeiter, Angestellte und leitendes Personal etwa zur Hälfte vertreten sein sollten, während die übrigen Mitglieder übergeordnete Interessen vertreten (Gemeinde, Verbraucher, Wissenschaft, Staat). Diese von staatlichen Stellen relativ unabhängigen Aufsichtsräte sollten für die langfristige Unternehmensstrategie verantwortlich sein. Dr. Levčick schloß:

„Die Möglichkeiten der sozialistischen Demokratie sind bei weitem noch nicht ausgenützt. Eine weitgehendere Anteilnahme der Menschen an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen kann und soll neue, bislang latente Quellen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts zum Nutzen der allseitigen Entfaltung des Menschen aufdecken.“

VII

In seinem Schlußwort hob *Otto Brenner* hervor, daß auf der Oberhausener Tagung von niemandem bestritten worden sei, daß die Wirkungen der modernen Technik Probleme verursachen, die es vorausschauend zu bewältigen gilt. Das habe auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aus Anlaß der Tagung ausdrücklich festgestellt; wenigstens insoweit seien sich die Arbeitgeber und Gewerkschaften heute einig. Das sei zweifellos ein Fortschritt.

Die Ankündigung von Wirtschaftsminister Schiller, sein Ministerium plane die Vorlage eines Gesetzes zur Erleichterung von Konzentrationsbestrebungen, beantwortete Brenner, indem er den gewerkschaftlichen Grundsatz wiederholte: „*Je mehr Konzentration, desto mehr Mitbestimmung.*“ Bundesregierung und Bundestag dürften sich nicht darauf beschränken, die mit der Mitbestimmung zusammenhängenden Fragen in wissenschaftlichen Kommissionen untersuchen zu lassen. Sie müßten vielmehr auf dem schnellsten Wege zur Verbesserung und Ausweitung der bestehenden Mitbestimmungsregelungen aktiv werden. Und er appellierte an die Minister Katzer und Schiller, die Programme und Erklärungen, die sie dem Automationskongreß vortrugen, nun auch in die Tat umzusetzen.

Otto Brenner betonte, daß die Gewerkschaften an einer technisch hochentwickelten, leistungsfähigen Industrie interessiert sind. Sie stelle die Voraussetzung für steigende Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen und Vollbeschäftigung dar. Jetzt komme es aber vor allem darauf an, gründliche Kenntnisse der sozialwirtschaftlichen Wirkungen technischer Änderungen zu erwerben und daraus politische Konsequenzen zu ziehen.

Mit ihrer 3. Internationalen Arbeitstagung über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt hat die Industriegewerkschaft Metall erneut sehr wesentlich zur Klärung dieser Fragen beigetragen und ein Vorbild gegeben. Es ist in der Tat höchste Zeit, daß andere Verbände und vor allem die Bundesregierung endlich ähnliche Initiativen und Aktivitäten entfalten. Die Zukunft ist absehbar. Wir könnten und sollten gewappnet sein.